

Bezirksregierung Köln

Verkehrskommission des Regionalrates
<u>Sachgebiet:</u> Niederschrift
Drucksache Nr.: VK 25/2016
4. Sitzungsperiode

Köln, den 20. November 2015

Vorlage für die 03. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates am 15. April 2016

- TOP 3:** Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 02. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 20. November 2015
- Rechtsgrundlage:** § 21 Abs. 10 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)
- Berichterstatter:** Herr Elsiepen, Dezernat 25, Tel.: 0221 / 147 - 2670
- Inhalt**
- Niederschrift (Seite 1 bis 7)
 - Anwesenheitsliste (3 Seiten)
 - Anlagen:
 1. Präsentation Leverkusener Brücke
 2. Präsentation RRX Haltepunkt in Köln-Mülheim

Beschlussvorschlag:

Die Verkehrskommission des Regionalrates genehmigt die Niederschrift.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 25/2016	2

Niederschrift

über das wesentliche Ergebnis der 02. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates am 20. November 2015

Teilnehmer/Innen: siehe beiliegende Anwesenheitsliste

Sitzungsbeginn: 10.05 Uhr

Sitzungsende: 11.05 Uhr

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 25/2016	3

Herr Hebbel (Vorsitzender) eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Kommission sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung, des Landesbetriebes Straßen NRW und Herrn Dr. Reinkober vom NVR.

Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Verkehrskommission fest.

Die Sitzungsteilnehmer sind der beigefügten Anwesenheitsliste zu entnehmen.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Verkehrskommission genehmigt einstimmig die Tagesordnung in der vorgelegten Form.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 02. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird **Herr Höfken, SPD-Fraktion**, bestimmt.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 01. Sitzung der Verkehrskommission am 17. April 2015
Drucksache Nr.: VK 56/2015

Herr Schubert (DIE LINKE) kündigt an, bzgl. TOP 7a in der letzten Verkehrskommission, den Erfahrungsbericht „Gehölzpflege“ heute erneut zu thematisieren, da die Beantwortung in der Niederschrift unzureichend sei.

Die Verkehrskommission genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 4: Priorisierung der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für den „Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. € Gesamtkosten“ (UA II a)
Drucksache Nr.: VK 108/2015

Herr Göbbels (FDP) regt an, bezugnehmend auf die priorisierten Projekte, zukünftig dieses Gremium regelmäßig in Listenform über die Sachstände der Umsetzungen zu informieren.

Dazu erklärt **Herr Kolitz** (LB), dass in den Sitzungen der Unterkommissionen die gewünschten Informationen zu diesen Programmen den Mitgliedern bereits regelmäßig vorgelegt würden.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 25/2016	4

Die Verkehrskommission empfiehlt einstimmig dem Regionalrat, den regionalen Vorschlag zur Priorisierung der Maßnahmen „Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. € Gesamtkosten“ (UA II a) für das Jahr 2016, unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Unterkommissionen, zu beschließen.

TOP 5: Priorisierung der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für den „Radwegebau an bestehenden Landesstraßen“ (UA II r)
Drucksache Nr.: VK 109/2015

Die Verkehrskommission empfiehlt einstimmig dem Regionalrat, den regionalen Vorschlag zur Priorisierung der Maßnahmen „Radwegebau an bestehenden Landesstraßen“ (UA II r) für das Jahr 2016, unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Unterkommissionen, zu beschließen.

TOP 6: Sachstandsbericht zum Zustand des Kölner Autobahnringes insbesondere des AK Leverkusen und der Leverkusener Brücke im Zuge der BAB A 1

Herr Sieberth (LB) erläutert anhand einer Power Point Präsentation zum 1. BA des Neubauprojekts Leverkusener Brücke. **Der Vorsitzende** bedankt sich, auch im Namen der Mitglieder, für den ausführlichen Vortrag. Zur Nachfrage von **Herrn Götz** (CDU) teilt **Herr Raithel** (LB) mit, die Machbarkeitsstudie liege vor und sei derzeit in Auswertung. Die Abstimmungsgespräche dazu mit dem Bund, dem Land und der Kommune stünden noch bevor. Es werde vorgeschlagen, in der nächsten Regionalratssitzung zu Beginn des neuen Jahres darüber zu berichten. Zur Anfrage von **Frau Hengst** (SPD) hinsichtlich der Risiken der Altablagerungen erklärt **Herr Raithel** (LB), dass dazu in den Planfeststellungsunterlagen ausreichend Stellung genommen werde. Es sei ein Emissionsschutzkonzept erstellt worden, wie in den Altablagerungsbereichen hinsichtlich des Neubaus damit umgegangen werden solle. Dazu seien im Baugrund Erdbohrungen durchgeführt worden, die im Ergebnis dazu geführt hätten, dass das hoch belastete Deponiematerial in Spezialcontainern transportiert und je nach Belastungsgrad, deponiert bzw. verbrannt werde. Dem Vorschlag von **Frau Hengst** (SPD), die Präsentation der Niederschrift beizufügen, stimmt **der Vorsitzende** zu.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Zu den Bedenken des **Herrn Schubert** (DIE LINKE) hinsichtlich einer Steigerung bei der Lärm- und Luftverschmutzung erklärt **Herr Sieberth** (LB), dass laut den Verkehrsprognosen im PKW Bereich ein moderater Anstieg der Verkehrszahlen zu erwarten sei. Der LKW-Verkehr hingegen werde stärker ansteigen. Aufbauend darauf hätten langfristige Berechnungsprognosen dazu geführt, dass man die Lärmschutzmaßnahmen, die nach den heutigen Regelwerken eine Höhe von derzeit ca. 4 m Lärmschutzwand bzw. Wall aufwies, zukünftig auf 6,50 m auf der Vorlandbrücke

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 25/2016	5

der Rheinbrücke und streckenweise sogar bis auf 10 m hohe Lärmschutzwände incl. Wall erhöhen werde. Zusätzlich würde in Bereichen von Wohnbebauung offenporiger Asphalt, mit einer sehr hohen Lärmschutzeigenschaft, verbaut. Bezugnehmend auf die entstehenden Kosten bei der Beseitigung der Altablagerungen erklärt **Herr Sieberth** (LB) zur Nachfrage von **Herrn Waddey** (DIE GRÜNEN), dass der Bund Eigentümer eines Großteils der Flächen und als Veranlasser der Maßnahme kostenpflichtig sei. Zur Nachfrage von **Frau Hengst** (SPD) teilt **Herr Sieberth** (LB) mit, grundsätzlich würde bei der Planung von Brückenbauwerken auch deren Nutzung durch Gefahrguttransporter berücksichtigt und sichergestellt.

Die Verkehrskommission nimmt die Antwort des Landesbetriebs Straßenbau NRW zur Kenntnis.

TOP 7: Aufstellung des ÖPNV-Bedarfsplanes 2017 – Zwischenstand über Vorhabenmeldungen der Kommunen
Drucksache Nr.: 110/2015

Zur vorliegenden Sitzungsunterlage teilt **Herr Dr. Reinkober** (NVR) ergänzend mit, die Aufstellungen würden in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung erarbeitet. Am 07.12.2015 werde es dazu eine gemeinsame Abstimmung auf Ebene der Fraktionsvorsitzenden bei der NVR GmbH geben. Dieses Ergebnis werde dann am 10.12.2015 im Gremium des NVR beraten und im Anschluss daran in der Regionalratssitzung am 11.12.2015. Zu den Anmerkungen von **Herrn Neitzke** (SPD) erläutert **Herr Dr. Reinkober** (NVR), dass das Anmeldeverfahren für den ÖPNV-Bedarfsplan erst durch Nachfrage beim MBWSV NRW konkretisiert worden sei. Bedarfsplanrelevant seien nun alle Aus- und Neubauten an Schienenstrecken sowie bei ÖPNV-Projekten, die ein Kostenvolumen von 3 Mio. € voraussichtlich überschreiten. Dies sei unabhängig von einer Förderung durch den NVR nach § 12 ÖPNVG oder durch das Land nach § 13 ÖPNVG. Im Ergebnis würden von BR Köln und NVR alle relevanten Anmeldungen für den ÖPNV-Bedarfsplan aufgenommen. Doppelmeldungen würden herausgefiltert. Um die Vielzahl der Meldungen zu ordnen, werde die gemeinsame Vorlage für die NVR-Verbandsversammlung und den Regionalrat eine Kategorisierung enthalten.

Zu den Anmerkungen und Nachfragen von **Herrn Waddey** (DIE GRÜNEN) erklärt **Herr Dr. Reinkober** (NVR), dass grundsätzlich alle Aus- und Neubaumaßnahmen über 3 Mio. € für den ÖPNV-Bedarfsplan gemeldet werden sollten. Der ÖPNV-Bedarfsplan werde aber keine Aussagen zur Finanzierung dieser Vorhaben enthalten. Die vorherige Aufnahme einer Maßnahme in den ÖPNV-Bedarfsplan werde aber eine notwendige Voraussetzung sein, sie in den Infrastrukturfinanzierungsplan des Landes NRW aufzunehmen, für die Finanzierung nach § 13 ÖPNVG durch das Land NRW oder für die Finanzierung eines Ausbau- bzw. Neubauvorhabens durch den NVR nach § 12 ÖPNVG. Eine Priorisierung der gemeldeten Vorhaben werde im Rahmen des derzeit laufenden Anmeldeverfahrens nicht erfolgen. Dies sei vom MBWSV auch nicht vorgesehen. Denkbar wäre es, dass Maßnahmen auf den Hauptachsen wie z.B. regional bedeutsamen S-Bahnstrecken oder Stadtbahnlinien eine höhere Bewertung erhielten als Projekte mit lokaler Bedeutung. Eine Priorisie-

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 25/2016	6

rung bestimmter Vorhaben könne aber von Seiten des Regionalrates zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Die Verkehrskommission nimmt die Information der Bezirksregierung zur Kenntnis.

TOP 8: Sachstandsbericht zum geplanten RRX Haltepunkt in Köln-Mülheim

Herr Dr. Reinkober (NVR) erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachstand zum geplanten RRX-Halt in Köln-Mülheim. Zur Nachfrage von **Herrn Metz** (DIE GRÜNEN) teilt **Herr Dr. Reinkober** (NVR) mit, dass seinerzeit bei der Konzeption zum RRX-Betriebsprogramm die Express-S Bahn thematisiert worden sei. Ob jedoch ein Alternativ-Konzept behandelt worden sei, bezüglich eines eventuellen Scheiterns des in Rede stehenden Haltepunktes, könne derzeit nicht beantwortet werden. Er bedankt er sich jedoch dahingehend für die interessante Anmerkung und werde dieses Thema bei den anstehenden Betriebsuntersuchungen mit der Stadt Köln und dem NVR als weitere Idee aufgreifen.

Auf Wunsch von **Frau Hane-Knoll** (DIE LINKE) wird die Präsentation der Niederschrift in der Anlage beigefügt.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt

Die Verkehrskommission nimmt die Antwort zur Kenntnis.

TOP 9: Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 10: Anfragen

a) Anfrage der CDU-Fraktion zum Baustellenmanagement System „TIC“ von Straßen.NRW
Drucksache Nr.: VK 121/2015

Herr Elsiepen (Dez.25) teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Baustellenmanagement lediglich festgestellt und vereinbart worden sei, dass noch Klärungsbedarf mit dem MBWSV bestehe. Eine sachgerechte Beantwortung könne daher zurzeit nicht erfolgen. Auf Anregung von **Herrn Götz** (CDU) hin, werde das Dezernat 25 versuchen, eine Antwort für die nächste Regionalratssitzung vom Ministerium zu erhalten.

Die Verkehrskommission nimmt die Information der Bezirksregierung zur Kenntnis.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 25/2016	7

b) Anfrage der PIRATEN und DIE LINKE zum VRS Verbundbericht 2015
Drucksache Nr.: VK 122/2015

Zur Anfrage von **Frau Hane-Knoll** (DIE LINKE) verweist **der Vorsitzende** und **Herr Dr. Reinkober** (NVR) zuständigkeitshalber auf die Gremien des VRS/NVR, sowie auf die Sitzungsunterlagen zu dieser Thematik, die auf der Internetseite des Zweckverbandes heruntergeladen werden könnten.

Die Verkehrskommission nimmt die Antwort der VRS/NVR GmbH zur Kenntnis.

c) Anfrage der PIRATEN und DIE LINKE zum Mobil Pass im VRS Gebiet
Drucksache Nr.: VK 123/2015

Die Verkehrskommission nimmt die Antwort der VRS/NVR GmbH zur Kenntnis.

TOP 11: Mitteilungen

a) der Bezirksregierung

liegen nicht vor.

b) des Vorsitzenden

liegen nicht vor.

c) der Niederlassungen

liegen nicht vor.

Verkehrskommission
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Hebbel
(Vorsitzender)

Verkehrskommission
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Höfken
(SPD-Fraktion)

Aufgestellt:
Bezirksregierung Köln
gez. Harms
(Dezernat 25)